



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IX/261 - 18.11.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 037 890

Zur Chronologie des westdeutschen Verteidigungsbeitrages	S. 1
Algerische Politik ohne Ziel	S. 3
Um die Finanzierung der Parteien	S. 5
Zur Wahl Gerstenmaiers	S. 6

## Der alte Mann und das Meer

k.- In 74 Monaten wird Konrad Adenauer 80 Jahre alt. Zu diesem Zeitpunkt sollen, wenn diesmal der Wiederaufrüstungs-"Fahrplan" eingehalten werden kann, zumindest die Kader der westdeutschen Streitkräfte aufgestellt sein. Der alte Mann im Palais Schaumburg hätte dann also sein Ziel erreicht, das er spätestens ab 29. August 1950 mit einer Energie ohnegleichen zu erreichen versucht hat. Damals übergab Adenauer den alliierten Hochkommissaren sein inzwischen historisch gewordenen Memorandum für die New Yorker Außenministerkonferenz, dessen entscheidender Satz lautet:

"Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten".

Dieses Geheim-Memorandum ist erst Monate später dem deutschen Volke bekannt geworden. Adenauer hatte das Angebot, deutsche Gruppen in den westeuropäischen Militärblock einzugliedern, aus eigener Verantwortung und ohne Auftrag des Bundestages oder der westdeutschen Bevölkerung abgegeben. Es ist notwendig, diese Alleinverantwortung Adenauers heute wieder ganz klar herauszustellen, der er selbst am 10. November 1950, also vor etwa vier Jahren, im CDU-Pressedienst so Ausdruck gegeben hat:

"Die Bundesregierung ist entschlossen, Westdeutschland einem System zu Verteidigung der Freiheit und des Rechtes einzugliedern".

Gewiß gab es schon im Laufe des Jahres 1950 westliche Stimmen, die einen westdeutschen Wehrbeitrag gefordert hatten, so etwa Churchill am 17. März. Aber alle diese westlichen Forderungen hingen in der Luft, und als Adenauer am 21. August 1950 in einem Interview mit der "New York Times" starke westdeutsche Verteidigungstreitkräfte als Gegengewicht zur Volkspolizei verlangt hatte, bezeichnete die Baseler "Nationalzeitung" am 22. August den Kanzler als "Sprachrohr der Alliierten nach Remilitarisierung". Am gleichen Tage erklärte Dr. Kurt Schumacher, dass Adenauer sein Angebot zur militärischen Mitarbeit keinesfalls im Namen des deutschen Volkes abgegeben habe. Dabei muß noch festgehalten werden, dass Adenauer nach dem Wortlaut seines Geheim-Memorandums vom 29. August 1950 seine Bereitschaft zur Truppenstellung offenbar schon damals "wiederholt" geäußert hatte. - 2 -

Nach Adenauers Geheim-Memorandum ging es Schlag auf Schlag. Die westlichen Außenminister akzeptierten dieses Angebot und schon am 8. Dezember 1950 erörterten die Außenminister-Stellvertreter der damaligen 12 NATO-Staaten die Aufstellung von 150.000 westdeutschen Soldaten. In Bonn hatte Adenauer am 13. September 1950 den Panzergeneral a.D. von Schwerin zu seinem Wehrberater berufen, am 14. September erklärte Manteuffel, es sei die höchste Zeit, wieder vollaufrüstete deutsche Truppen zu besitzen, denn die Verteidigung gegen Osten sei das Gebot der Stunde, und am 29. Oktober 1950 begann der CDU-Abgeordnete Blank mit dem Aufbau seiner Dienststelle, die sich inzwischen zu einem Schatten-Verteidigungsministerium ausgewachsen hat. Als der Widerstand der SPD gegen diese überhastete und durch nichts gerechtfertigte Wiederaufrüstung Westdeutschlands immer deutlicher und entschiedener wurde, erklärte Adenauer am 4. Dezember 1950 in Düren, dass dieser Wehrbeitrag auch ohne die Sozialdemokratie geleistet würde. Und am 23. Dezember 1950 wurde in Bonn amtlich bekanntgegeben, dass ab 8. Januar 1951 auf dem Petersberg die deutsch-alliierten Sachverständigen-Gespräche über die Realisierung des westdeutschen Wehrbeitrages beginnen würden. Die Teilnehmer auf deutscher Seite hießen Blank, General a.D. Heusinger und General a.D. Dr. Speidel.

Die Jahre 1951, 1952 und 1953 waren, und daran muß mit allem Nachdruck erinnert werden, zum überwiegenden Teil erfüllt von dem politischen und parlamentarischen Kampf auf nationaler und auf internationaler Ebene um diesen westdeutschen Wehrbeitrag und um die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Der Kampf wurde in der Bundesrepublik leidenschaftlich und erbittert geführt. Dabei tauchte immer wieder die Frage nach der Verantwortung auf. Am 31. Mai 1951 wies Adenauer im Bundestag den Vorwurf des SPD-Abgeordneten Dr. Lütkens, der Kanzler habe den westdeutschen Wehrbeitrag von sich aus angeboten, als falsch zurück. Aber sechs Tage vorher hatte die amerikanische Hochkommission in einem Kommuniqué von der "offensichtlich gegebenen Verpflichtung" Adenauers gesprochen.

Und Adenauer trieb und trieb, wo immer er nur konnte. Der EVG-Vertrag wurde durchgepeitscht: 27. Mai 1952 Unterzeichnung in Paris, 19. März 1953 Verabschiedung im Bundestag, 30. März 1954 Ratifizierung durch den Bundespräsidenten. Als die französische Nationalversammlung am 30. August 1954 der EVG den Todesstoß versetzte, trieb der Kanzler weiter. Plötzlich gab es eine Alternative. Es folgte die Londoner Konferenz. Es folgte die Pariser Konferenz. Am 23. Oktober 1954 wurden die Pariser Militär-Verträge und das Saarabkommen unterschrieben. Und wieder sind wir mitten in der zeitlichen Hetze, wieder wird getrieben. Vor Adenauer steht das lockende Ziel, dem er die vordringlichste Arbeit und Energie seiner fünfjährigen Kanzlerschaft gewidmet hat: ein "soveräner" Staat mit 500.000 jungen Männern unter Waffen.

Der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway berichtet in seiner Nobelpreis-Novelle "Der alte Mann und das Meer" von dem alten Fischer, der nach vielen erfolglosen Ausfahrten endlich den Fisch seines Lebens fängt und ihn nach dramatischem Kampf in den Hafen bringt: als Skelett. Das Parallelbild ist kühn und furchtbar zugleich: das Bild von dem alten Mann und dem Heer. Möge uns Gott vor einem solchen Ende behüten!

+

+

+

- 3 -

### Algerische Politik ohne Ziel

Der Verfasser dieses Artikels lebte jahrelang in Algerien

Nach den ersten Tagen der Überraschung durch den Aufstand im südöstlichen Algerien und die über das ganze Land verstreuten Attentaten, kann man einige politische Schlußfolgerungen aus den Ereignissen ziehen. Wie zu erwarten war, hat die politische Polizei sofort zum Schlag gegen Angehörige und Funktionäre der ehemaligen algerischen Volkspartei, die sich seit 1946 "Bewegung zur Erringung demokratischer Freiheiten" nennt, ausgeholt. Obwohl zweifelsohne einige Kreise dieser, in zwei sich befehdende Kliquen gesplittete, Bewegung mit den Attentaten in Zusammenhang stehen dürften, ist es dennoch mehr als fraglich, ob diese allgemeine Aktion und vor allem das Verbot der Partei politisch die richtige Antwort auf die Ereignisse waren.

Verfassungsrechtlich ist Algerien ein französisches Territorium, das seit 1947 ein eigenes Statut besitzt und seit dieser Zeit nicht mehr, wie zuvor, durch Ministerialdekrete aus Paris regiert werden kann. Doch, über ein Jahrhundert sogenannter direkter Verwaltung und parlamentarisch nicht kontrollierter Sondergesetzgebung haben aus Algerien ein Gebiet gemacht, das sich nicht unwesentlich vom Mutterland unterscheidet. Das Statut von 1947, das seine Existenz den französischen Sozialisten und dem damaligen sozialistischen Generalgouverneur Chataigneau verdankt, hat viel, aber nicht alles geändert, was änderenswert war. So werden die sechzig arabisch-kabyllischen Delegierten zur Landesversammlung, mit Ausnahme großer Städte, durchweg von den Präfekten und Unterpräfekten bestimmt und dann auf eine Weise "gewählt", die diesem Worte jeden Sinn nimmt. Der Vorwand zu dieser Methode behördlich regulierter Wahlen war und ist; "man kann doch der algerischen Volkspartei nicht einfach freien Lauf lassen". Die modernistische und in ihrer geistigen Ausrichtung stark mit Frankreich verbundene Bewegung der "Freunde des algerischen Manifests", deren Führer Ferhat Abbas große Hoffnungen auf den derzeitigen Ministerpräsidenten Mendès-France setzt, leidet weniger unter der präfektoralen Vormundschaft, ist aber auch nicht immer frei zu wählen.

Seit Kriegsende und seit der Zuerkennung des französischen Bürgerrechts an die, zuvor als Untertanen behandelten, Eingeborenen im Jahre 1947, läuft daher die algerische Politik in felschen Bahnen. Statt, wie es die britischen Behörden in Nigeria und an der Goldküste gemacht haben, den arabisch-kabyllischen Algeriern die Kenntnis der Funktion des parlamentarischen Systems beizubringen, hat die französische Verwaltung sie zu dem Schluss kommen lassen, dass die Wahlen in Wahrheit eben keine Wahlen seien. Und wer an der Demokratie verzweifelt, der greift leicht zur Waffe, um sich Geltung zu verschaffen.

Dies ist aber nur eines der Elemente, die zu der Bewegung beigetragen haben, die ihrem Wesen und wohl auch ihrer Zielsetzung nach alles andere als demokratisch-fortschrittlich erscheint. Wie die Siedler aus den Aurès berichten, kam der Antrieb zu dem dortigen Aufstand aus zwei Richtungen; die der bewaffneten Banden im tunesischen Süden, die vermutlich aus den Kreisen der ägyptischen Muselmännischen Brüdern Zuzug erhalten hatten, und die der Ulemas. Die Ulemas sind die Theologen der über ganz Nordafrika verstreuten religiösen Bruderschaften, in deren Bereich der Geist einer rückwärts gewandten konservativen Orthodoxie lebendig ist. Aller Fortschritt ist ihnen ein Werk böser Mächte - etwas was ja auch im christlichen Lebensbereich vorkommen soll - und ihre politische Linie ist die utopische Rückkehr zur "guten alten Zeit". Da dies aber im Zuge ständiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umschichtung kein konkretes Ziel ist, mündet dieser religiöse Konservatismus allzuleicht in faschistische Tendenzen.

Nur so erklärt es sich, dass die modernistische Verfassungspartei in Tunesien im Gegensatz zur panarabischen Propaganda steht und in Algerien die "Freunde des algerischen Manifests" sichtlich abseits der antieuropäischen Bewegung stehen. Die Ziellosigkeit der politischen Verwaltung in Algerien aber lässt die sich aus diesen Umständen ergebenden Chancen einer politisch und nicht nur machtmässig begründeten Verbindung Nordafrikas mit Frankreich wieder einmal ungenutzt vorübergehen.

+ + +

Ein politischer Skandal

gs. Die Mehrheit der Bonner Koalitionsparteien hat in der zweiten Lesung der Steuerreform in namentlicher Abstimmung den SPD-Antrag abgelehnt, nach dem Zuwendungen an politische Parteien nicht von der Steuer abgesetzt werden sollen. Die Entscheidung der Bonner Koalition ist ein politischer Skandal. Bei einer kleinen Steuerreform, bei der kein Geld für die ausreichende Senkung der Tarife für die kleinen und mittleren Einkommen, für einen ausreichenden Freibetrag für die Arbeitnehmer und die Angehörigen der freien Berufe vorhanden ist, halten es Regierung und Koalition für vertretbar, Spenden an politische Parteien steuerlich zu begünstigen, vorbehaltloser zu begünstigen als den sozialen Wohnungsbau, den Schiffbau und die Bemühungen der Flüchtlinge um den Wiederaufbau ihrer Existenz.

Jeder Steuerzahler soll sich damit abfinden, dass auf seine Kosten Parteien finanziert werden können, die er ablehnt. Gleichzeitig wird den finanzstarken Unternehmern, die die Hauptlast der Parteizuwendungen an die Koalitionsparteien tragen, ein zusätzlicher Anreiz für die Vergrößerung der Wahlfonds der Koalitionsparteien gegeben. Das kommt einer Aufforderung zur Korumpierung unseres politischen Lebens gleich.

Sollte diese Entscheidung in der dritten Lesung der Steuerreformgesetze wiederholt werden, so wäre das eine Verletzung des Sinnes des Artikels 21 unserer Verfassung. Wie soll die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen, wenn diesen Parteien steuerbegünstigte Zuwendungen und dann noch ohne Zwang zur Offenlegung dieser Mittel zufließen? Wie soll von der Unabhängigkeit der Parteien, von Interessentengruppen gesprochen werden, wenn diese aufgefördert werden, die Parteien unter Ausnutzung steuerlicher Begünstigungen zu finanzieren? Unsere Demokratie wird mit staatlich geförderten Schmiergeldern korumpiert und die auf steuerbegünstigte Spenden angewiesenen Parteien werden zu Anhängseln der Interessenverbände werden, wenn es bei der in der zweiten Lesung der Steuerreform durchgesetzten Entscheidung bleibt. Es wird die Pflicht aller gegen eine solche Entwicklung eintretenden Parteien sein, die deutsche Öffentlichkeit über den damit beschrittenen Weg aufzuklären. Die deutsche Öffentlichkeit wird sich dann ihr Urteil auch über eine Regierung bilden, die erklärt, es sei kein Geld für eine befriedigende Entschädigung der Heimkehrer da, aber der mit Steuerbegünstigungen für politische Zwecke verbundene Einnahmeausfall könne hingenommen werden.

Nach drei Runden - schwer angeschlagen

sp - Der Bundeskanzler hat in einer Wahlversammlung die Wahl des Bundestagspräsidenten als ein "sehr trauriges Schauspiel" bezeichnet. Da hat der Kanzler recht. Allerdings muß hinzugefügt werden, dass es gerade die Partei Adenauers war, die die ersten Akte zu diesem traurigen Schauspiel lieferte. Der Anspruch der stärksten Fraktion auf das Amt des Bundestagspräsidenten ist von niemandem bestritten worden, auch nicht von der Opposition, die neulich in Kiel das sehr traurige Schauspiel erlebte, wie man sich dort auf Bonner Weisung über solche selbstverständlichen Gepflogenheiten rücksichtslos hinwegsetzte.

Es ging und geht weniger um die Person Dr. Gerstenmaier als vielmehr um Prinzipien. Der SPD-Abgeordnete Dr. Menzel hat es deutlich ausgesprochen: Es ging bei der Wahl um die Würde der parlamentarischen Demokratie und um das Ansehen des neuen Präsidenten. Das Amt des Bundestagspräsidenten ist ein überparteiliches Amt. In dem Augenblick, da der Gewählte auf dem erhöhten Stuhl im Plenarsaal Platz nimmt, hört er auf, oder sollte er aufhören, ein Mann seiner Partei zu sein. Das ist in allen parlamentarisch regierten Staaten üblich, dort artet eine solche Wahl nicht zum Parteienstreit aus. In der Bundesrepublik ist der Bundestagspräsident der zweite Mann im Staate, was für alle demokratischen Parteien umsomehr die Verpflichtung einschließen müßte, besondere Partei-rücksichten oder gar Prestigebedürfnisse zurückzustellen.

Gerade gegen diese Grundsätze wurde in unschöner und aufreizender Weise von der größten Regierungspartei verstoßen. Zum zweitenmal unterlag sie in einer Situation, die besonderes Feingefühl, Takt, Konzilianz und Gemeinschaftssinn erforderte, der Versuchung zum Mißbrauch ihrer absoluten Majorität im Parlament. Nicht nur unterließ sie den Versuch, in Fühlungnahme mit allen anderen Fraktionen einen für alle genehmen Kandidaten aus ihren Reihen zu nominieren, sie stempelte den Wahlakt selbst zu einer Machtprobe, die sie zwar nach drei Runden knapp, aber schwer angeschlagen überstand.

Die Abstimmung war nach dem Grundgesetz geheim, das heisst, die Abgeordneten konnten diesmal wirklich der Stimme ihres Gewissens ohne Furcht vor Repressalien folgen. Und das taten sie. Zum ersten Male versagte innerhalb der CDU/CSU die Autorität des Kanzlers. So mancher Abgeordnete aus diesen Reihen muß für den Berliner Gegenkandidaten Lemmer gestimmt haben. Ob dies der Grund war, dass der Kanzler immer wieder mit seinen engsten Beratern während des Ablaufs dieses Schauspiels debattierte - aufgebracht und zorn erfüllt wie nie?

Verantwortlich: i.V. Albert Exler